Deutsches Reich.

Eröffnung des bayrischen Landtages.

Der bayrische Landtag wurde am Mittwoch mit der Budgetrede des Finanzministers v. Pfaff eröffnet. Der Minister hielt zuerst einen Rückblick auf das abgeschlossene Ergebnis der letzten Finanzperiode, die statt mit einem erwarteten Ueberschuß mit einem Fehlbetrag von 4 Millionen Mark abgeschlossen hat. Die Budgetaufstellung für 1910/11 war mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft, da die Aufbesserungen der Beamten usw. mit 16 Mill. M. zu berücksichtigen waren und im Verkehr mit dem Reich weitere Ausgabeposten in Betracht kamen, so die Erhöhung für die Ausgleichsbeiträge für Bier mit 11,3 Millionen und die Erhöhung der ungedeckten Matrikularbeiträge mit 2,4 Millionen. Der Mehrbedarf müßte durch eine 20prozentige Steuererhöhung gedeckt werden, wobei das künftige Maß der Kopfbelastung mit direkten Steuern bei 8,74 M. immer noch erheblich zurückstehe gegen die sich zwischen 10 und 12 M. bewegende Kopfbelastung in den vier nächst Bayern größten Bundesstaaten. Die Notwendigkeit einer Erhöhung des Malzaufschlages soll in Stufenform vor sich gehen. Die diesjährige Spannung zwischen der untersten Steuerstufe von 5 M. für den Hektoliter und der höchsten Steuerstufe von 6,50 M. beträgt zurzeit unter Berücksichtigung des Umstandes, daß auch die Brauereien mit dem größten Malzverbrauch an den Steuersätzen von 6 M. und 6,25 M. teilnehmen, nicht ganz 1,50 M. für den Hektoliter. Der niederste Steuersatz soll, und zwar bis zu einer Menge von 1000 Doppelzentnern, 15 M. betragen, der höchste Steuersatz wie im norddeutschen Braugebiet 20 M. Da bei diesen Sätzen der geringste Betrag der Steuermehrbelastung eines Hektoliter Bier 1,50 M. bis 1,10 M., der höchste Betrag der steuerlichen Mehrbelastung 1,60 M. bis 1,70 M. beträgt, wird die voraussichtliche Folge der Erhöhung des Malzaufschlages eine Erhöhung der Bierpreise sein.

*

In einer Interpellation fragt die sozialdemokratische Fraktion, was die Regierung zu tun gedenke, um in Betrieben, die Staatsaufträge erhalten, das Koalitionsrecht der Arbeiter und Beamten sicherzustellen. — In einem Antrage wird die Regierung ersucht, in Rücksicht auf die hohen Lebensmittelpreise dem gesamten nicht ständigen Personal aller Staatsbetriebe am 1. Jan. 1910 eine tägliche Lohnzulage von 25 Pf., den Beamten mit unter 3000 Mark Gehalt eine Zulage von 90 M. jährlich zu gewähren.

Ein anderer Antrag ersucht die Regierung, für Zwecke der Arbeitslosenfürsorge 150 000 M. in den Etat einzusetzen, woraus die Gemeinden, die Arbeitslosen Geldunterstützungen gewähren, Zuschüsse erhalten sollen. Um der in diesem Winter voraussichtlich stark auftretenden Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, sei dafür zu sorgen, daß die geplanten staatlichen Bauten usw. in Angriff genommen werden. Die Arbeiten sollen nicht unter den tariflich festgelegten oder am Orte üblichen Löhnen bezahlt werden.

In einem weiteren Antrage wird verlangt, daß die Aufhebung des Auslieferungsvertrages mit Rußland sofort in die Wege zu leiten sei.

Die Kieler „Herren im Hause".

Am Dienstag setzten die städtischen Kollegien in Kiel die auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten ausgesetzte Verhandlung über die Streikabrechnung des Magistrats fort. Von unseren Genossen lagen zwei Anträge vor. Der eine verlangte die Einsetzung einer Kommission, die die Streikabrechnung des Magistrats eingehend nachprüft, der andere verlangte Aufhebung der vom Magistrat verfügten brutalen Maßregel, daß die nach Beendigung des Streiks wiedereingestellten Arbeiter nur zu den Anfangslöhnen eingestellt werden und daß ihnen die durch lange Dienstzeit erworbenen Rechte entzogen werden.

Unsere Genossen brachten zu den beiden Anträgen noch einen neuen ein, der verlangt, daß bei Bedarf an Arbeitern zunächst die alten städtischen Arbeiter eingestellt werden und daß die Anstellung nach dem Dienstalter erfolge. Der Magistrat hat nämlich sein brutales Vorgehen noch damit gekrönt, daß er eine große Zahl von Arbeitern, darunter viele Familienväter, gemaßregelt hat. Unsere Genossen Rindfleisch, Martens und Adler, die die Anträge begründeten, predigten tauben Ohren. Die bürgerliche Mehrheit stimmte die Anträge geschlossen nieder.

Zentrumsmethoden.

Auf seiner bisher unglücklich verlaufenen Rechtfertigungstour kam der Zentrumsabgeordnete Dr. Fleischer am Dienstag auch nach Breslau und hielt dort eine fast dreistündige Rede. In der Diskussion erhielt von unserer Seite Genosse Löbe für ganze 10 Minuten das Wort. Als die Christlichen merkten, daß er Beifall erntete, wurde er, als er ein zweitesmal reden wollte, von dem Arbeitersekretär Bull vorn Stuhle, auf dem er stand, herabgezerrt und mit Mißhandlungen bedroht. Es entstand ein großer Tumult, bei dem die Polizei eingriff. Das war ganz im Sinne des Dr. Fleischer; denn nun wurde die Versammlung kurzerhand geschlossen.

„Koalitionsfreiheit."

Dem preußischen Landtage soll der Entwurf eines Gesetzes über die Beamtenorganisationen zugehen. Danach soll den Beamten das Recht zugestanden werden, sich zu organisieren. Doch ist diesen Organisationen jede Einwirkung auf die Oeffentlichkeit zur Abänderung bestehender Zustände verboten. Mitglieder können nur aktive Beamte sein. Die Redaktion der Beamtenfachblätter darf nur von aktiven Beamten geführt werden, die auch verpflichtet sind, verantwortlich zu zeichnen. Den Leitern der Organisation kann zur Wahrnehmung dieser Geschäfte Diensterleichterung zugestanden werden.

Eine schlimmere Verhöhnung des Gedankens der Koalitionsfreiheit ist jedenfalls noch nicht dagewesen. Schließlich bedeutet jede Erörterung von Forderungen die Absicht, bestehende Zustände zu ändern, so daß also den Beamten durchaus nicht gestattet wäre, in diesen Organisationen über eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage auch nur zu beraten, geschweige denn, zu beschließen. Daß die Redaktion von Fachblättern nur aktiven Beamten übertragen werden darf, hat seinen Grund darin, daß sich die vorgesetzte Behörde ein weitgehendes Aufsichtsrecht über die Haltung der Blätter sichern will. Der Redakteur untersteht dann in seiner Eigenschaft als aktiver Beamter der Disziplinarbefugnis seiner vorgesetzten Behörde, auch für seine redaktionelle Tätigkeit.

Man sollte annehmen, daß die preußischen Beamten diese bösartige Verhöhnung in der schärfsten Weise zurückweisen.

Bürgerliche Sozialpolitik.

Warum städtische Rechtsauskunftsstellen gegründet werden, sagt der Magistrat von Guben — einer Stadt der Provinz Brandenburg mit zahlreicher Industriebevölkerung — in einem Berichte, der unseren dortigen Genossen von dem bekannten günstigen Wind auf den Tisch geweht wurde. Da wird mit aller Offenherzigkeit gesagt:

„Die Errichtung einer städtischen Rechtsauskunftsstelle wurde zur **Notwendigkeit, als das** von der Sozialdemokratie hier errichtete Arbeitersekretariat aus seiner bisherigen Reserve heraustrat und Rechtsauskünfte nicht nur an organisierte Personen, sondern an alle Personen ohne Unterschied der politischen Gesinnung unentgeltlich erteilte sowie auch die unentgeltliche Anfertigung von Schriftsätzen jeglicher Art in allen Rechtsangelegenheiten übernahm. Hierdurch **wurden der Sozialdemokratie,** da das Arbeitersekretariat großen Zuspruch hatte, nur **neue Mitglieder zugeführt.** Die Erweiterung des Arbeitersekretariats hatte ja auch nur den Zweck, zu der Stärkung der Sozialdemokratie beizutragen. Da die Arbeitersekretariate in vielen anderen Städten eine gleiche Tätigkeit entfalten, erschien es als eine dringende Pflicht der städtischen Verwaltungen, dieser **Bewegung der Sozialdemokratie durch Errichtung von Rechtsauskunftsstellen entgegenzutreten."**

Es ist bezeichnend für alle bürgerliche Sozialpolitik, daß sie nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, etwas für die Arbeiter tut.

Die Berliner Frauenrechtlerinnen.

In einer Versammlung der Ortsgruppe Berlin des Preußischen Landesvereins für Frauenstimmrecht wurde beschlossen, von der Veranstaltung einer Propagandafahrt in der ursprünglich geplanten Form Abstand zu nehmen. Dagegen wurde der Vorstand beauftragt, beim Deutschen Verband für Frauenstimmrecht den Antrag zu stellen, daß dieser Verband in Berlin einen Demonstrationszug für das Frauenstimmrecht veranstalten möge, an dem sich Vertreterinnen der Frauenstimmrechtsbewegung aus ganz Deutschland beteiligen sollen. Da nach dem neuen Beschluß erst der Verband für Frauenstimmrecht und die einzelnen Landesverbände zu der Angelegenheit Stellung nehmen müssen, erscheint es unwahrscheinlich, daß die Demonstration noch in diesem Jahre vor sich gehen wird.

Militärjustiz.

Der Füsilier Dormann von der 2. Komp. des Füs.-Reg. Nr. 39 in Düsseldorf war im Oktober 1900 als unsicherer Heerespflichtiger eingezogen worden. Dormann entfernte sich wiederholt aus der Kaserne und wurde deshalb mehrere Male wegen Fahnenflucht verurteilt. Am 4. Oktober 1908 entfernte er sich abermals und hielt sich längere Zeit in Frankreich auf. Im August 1909 wurde er in Diedenhofen verhaftet. Ueber den jetzt 30jährigen Angeklagten verhängte am Dienstag das Düsseldorfer Kriegsgericht eine Strafe von **5 Jahren 1 Woche Zuchthaus** und Ausstoßung aus dem Heere.

Drei Dragoner, die einen Wachtmeister im Dunkeln mit Steinen beworfen hatten, wurden vom Kriegsgericht in Oldenburg **zu je 3 Jahren Gefängnis** verurteilt.

Die Ergebnisse der neuen Steuern werden in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung wie folgt angegeben: Die Brausteuer, die im Juli 3,5 Millionen ergeben hatte, warf im August 4,40 Mill. Mark ab. Bei der Schaumweinsteuer stiegen die Erträgnisse von 700 000 M. im Juli auf 1 Million im August. Der Ertrag der Zigarettensteuer stieg von Juli bis August von etwa 1 Million auf 2 Millionen Mark, die Zinsbogensteuer hat etwa 120 000 M. erbracht. Die Einnahmen aus dem Stempel für Grundstücksübertragungen betrugen im August annähernd 50 000 M.

Die Gefahren des amerikanischen Zolltarifs. Der Täglichen Rundschau ist von beteiligter Seite Mitteilung über den Einfluß gemacht worden, den der amerikanische Zolltarif auf den deutschen Export ausüben würde. Zunächst würde die Ansichtskartenindustrie ihren Markt in der nordamerikanischen Union vollständig einbüßen. Ganz erheblich belastet würden außerdem baumwollene und halbleinene Gewebe, baumwollene Strümpfe und Handschuhe, Messerwaren, Stickereien und Spitzen, Spirituosen, Seiden und Samte, künstliche Federn und Blumen, Pelzwerk, Parfümerien, Glas, Hopfen und Papierwaren. Ansichtspostkarten sind nach Amerika für 10 Mill. Mark, künstliche Blumen für 7 Millionen, baumwollene Strümpfe für 34 Millionen Mark ausgeführt worden.

Ganze Industriezweige in Deutschland, die auf den amerikanischen Export angewiesen sind, sind ruiniert, wenn es nicht gelingt, durch einen Handelsvertrag die enormen Sätze des amerikanischen Zolltarifs herabzumindern.

Die Geprellten. In den Kreisen der Berliner Lehrerschaft herrscht eine starke Mißstimmung gegen den Freisinn, und zwar wegen der Haltung der freisinnigen Stadtverordneten zur neuen Lehrerbesoldungsordnung. Die Mißstimmung der Lehrer findet ihren sichtbaren Ausdruck in der Stellungnahme zu den Landtagswahlen. Die Lehrer haben dem freisinnigen Stadtrat Weigert einen Gegenkandidaten in der Person des Lehrers Rosin gegenübergestellt. Außerdem lehnen es die Lehrer ab, sich als Wahlmänner für den Stadtrat Dr. Weigert aufstellen zu lassen. Von besonderer Bedeutung auf den Wahlausfall sind diese Zwistigkeiten kaum; denn auch die Gegner werden nicht ernstlich damit rechnen, der Sozialdemokratie das Mandat abnehmen zu können.

„Satan war der erste Liberale." Während des letzten Wahlkampfes im Wahlkreise Siegen, wo den Nationalliberalen das Mandat des verstorbenen Stöcker zugefallen ist, hat der Pastor Grothe in Oberfischbach Predigten gehalten, in denen er sich mit den Liberalen befaßte. Die Predigten sind im Druck erschienen und wie die Nationalliberale Korrespondenz feststellt, kommt in einer der Predigten folgendes vor:

„Satan ist der erste Liberale gewesen, der erste Freigeist, der sich bewußt von Gott losgesagt hat. Ich sage durchaus nicht, daß alle, die sich zur liberalen Weltanschauung bekennen, bewußt dem Teufel nachfolgen. Aber ich muß vor einer Weltanschauung warnen, die im letzten Grunde vom Satan ausgeht."

Und das muß gerade den nationalliberalen Drehscheiblern geschehen, in dieser Weise charakterisiert zu werden! Woher mag aber nach Ansicht dieses Pastors erst die Sozialdemokratie stammen, wenn er schon in den Nationalliberalen „Sprößlinge des Satans" erblickt!

Roeren kaltgestellt. In nächster Zeit wird die Trierer Zentrumspartei eine Versammlung einberufen. Roeren wollte als pflichteifriger Abgeordneter die Gelegenheit benutzen, sich seinen Wählern zu zeigen; er hat sich an, als Redner aufzutreten. Wie jetzt die Rheinisch-Westfälische Zeitung berichtet, haben die Trierer das Angebot ihres Abgeordneten „dankend" abgelehnt. Sie hielten an ihrem Entschlusse auch dann noch fest, als der Abg. Roeren sein Angebot wiederholte.

Kein „grober Unfug". Im Mai d. J. berichtete der Impfzwanggegnerverein in Görlitz in den Zeitungen über eine Impfschädigung mit tödlichem Ausgange. Der Vorsitzende des Vereins erhielt daraufhin einen richterlichen Strafbefehl wegen groben Unfugs in Höhe von 3 M. Er beantragte gerichtliche Entscheidung. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht bestätigte die Mutter des verstorbenen Kindes die Richtigkeit der in dem Artikel enthaltenen Angaben. Der Arzt hatte schon in der Voruntersuchung zugegeben, er habe das Kind geimpft, trotzdem Skrophulose festgestellt hätte. Das Gericht erkannte auf Freisprechung des Angeklagten und Uebernahme der Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse.

Kleine politische Nachrichten. In der Vollversammlung der deutschen Landtagsabgeordneten für Böhmen wurden die Ausgleichsvorschläge als unannehmbar abgelehnt. Damit sind die Verhandlungen zur Flottmachung des Landtags endgültig gescheitert. — Im französischen Justizministerium ist ein Ausschuß zusammengetreten, der über die Unterdrückung der Strafe der Verschickung nach den Kolonien und über Erlaß anderer Strafen berät. — Der italienische Kriegsminister hat beschlossen, die zweijährige Dienstzeit vorläufig im Kriegsfalle wieder einzubringen. Hierdurch wird die Zahl der unter der Fahne befindlichen Soldaten auf 225 000 reduziert. Die Initiative des Kriegsministers scheint darauf hinzuweisen, daß die zweijährige Dienstzeit von den Kammern endgültig verfügt werden wird. Bis jetzt hat die Regierung bekanntlich diesen Vorschlag energisch bekämpft. — Die Regierung hat bei der französischen Regierung Protest gegen die Festsetzung Wadais, des Hinterlandes von Tripolis, durch französisches Militär erhoben. — Ueber das Wilajet Jemen ist der Belagerungszustand verhängt.

Ausland.

Serbien.

Die neueste Verschwörung.

Belgrad, 29. September. In den letzten Tagen ist eine Verschwörung gegen die Dynastie Karageorgewitsch entdeckt worden. Kein Geringerer als der Exminister Gencic, ein Leiter der Verschwörung von 1902, ist die Seele dieser Verschwörung gegen das serbische Königshaus. Gencic ist von seinem Schwiegervater, dem Advokaten Nowakovic, denunziert worden. Vor nicht langer Zeit hatte Gencic sich von der Tochter des Klägers scheiden lassen. Dem Beweismaterial nach, das König Peter in den Händen hält, ist der Zweck der neuen Verschwörung die Beseitigung der Dynastie Karageorgewitsch und die Berufung des Herzogs Connaught als König.

Rußland.

Die Zarenschmach.

Schon seit Wochen beschäftigen sich die bürgerlichen Diplomatenlakaien angelegentlich mit der Frage, ob der Zar nach Italien reist. Der italienische Minister Tittoni setzte seinen Ehrgeiz darein, den Zarenbesuch, der 1903 wegen der sozialistischen Agitation unterblieb, jetzt zu ermöglichen, und die bürgerlichen Parteien Italiens sehnen die Gelegenheit herbei, des Zaren blutige Hand zu küssen. Die offiziösen Blätter versichern einmal um das andere, daß die sozialistische Agitation nicht ernst zu nehmen brauche, und der wohlgesinnte Teil der Bevölkerung den Zaren begrüßen werde. Zugleich versichern sie, daß der Zar wegen seiner persönlichen Sicherheit nicht besorgt sein brauche, da die Regierung die nötigen Sicherungen getroffen habe. Ueber diesen Punkt scheint aber doch anderer Meinung zu sein. Er hat seinen Spezialisten für Sicherheitsfragen empfange, Herrn Harting-Heckelmann, nach Italien entsandt, um den Boden zu sondieren. Von seinem Bericht wird es nun abhängen, ob der Zar es wagt, den italienischen Boden zu betreten. Auch andere Schwierigkeiten türmen sich auf. Wie das Mitglied der italienischen Deputiertenkammer Dr. Benedetto Cimati in der Neuen Freien Presse schreibt, schließen die letzten Reden der nationalen Politik einen Besuch des Zaren beim italienischen Vetter aus. Darum müsse der Zar auf die angekündigte Reise durch die Dardanellen verzichten und einen anderen Weg über Wien oder Berlin wählen. Aus leicht begreiflichen Gründen hat aber der Zar keinen der beiden Wege einschlagen. Nun tritt aber mit immer größerer Bestimmtheit die Nachricht hervor, daß der Zar den Landweg über Berlin wählen werde. Trotzdem es kaum glaublich erscheint, daß die deutsche Regierung es wagen würde, dem deutschen Volke noch einen Schmach der Kieler Zarenbesuche auch noch diese Schmach zu bieten, erscheint es geboten, schon jetzt Protest zu erheben gegen die geplante Besudelung des deutschen Bodens durch die Anwesenheit des Henkerzaren.

Marokko.

Neue Riffkämpfe.

Madrid, 29. September. Das Lager des Generals Saturnino in Zoco-el-Had wurde vergangene Nacht von Leuten des Beni-Sicar-Stammes angegriffen. Auf spanischer Seite sind ein Mann, ein Sergeant und drei Soldaten tot, ein Hauptmann, zwei Sergeanten und zwölf Mann schwer verwundet. Dieser unvermutete Angriff drückt hier die Hoffnungen auf unmittelbaren Friedensschluß herab. Man erwartet, daß General Marina, der gestern mit 2 Divisionen Tovar und Orozco in Seluan blieb, sofort energische Schritte zur Bestrafung des Feindes unternehmen wird. An Gefangenen wurden weitere sechzig stark verstümmelte Leichen spanischer Offiziere und Soldaten gefunden, die in den Julikämpfen fielen.

Australien.

Rüstungen.

Der Gedanke der britischen Reichsverteidigung gewinnt noch Boden. Namentlich ist es Australien, das unter der Angst vor der „gelben Gefahr", d. h. dem Einbruch der Japaner, leidet und dafür militärischen Opfern bereit ist. Im Bundesparlament teilte der Premierminister mit, Großbritannien habe kein Schlachtschiff und nur 6 geschützte Kreuzer im Stillen Ozean, Japan aber 15 Schlachtschiffe, 12 Kreuzer, Amerika 11 Kreuzer. Australien wolle einen geschützten Kreuzer, 3 ungeschützte Kreuzer, 6 Torpedobootszerstörer, 3 Unterseeboote mit einer Besatzung von 2900 Mann schaffen. Neu ist auch die geplante Einführung des Dienstzwanges, die zunächst nur in den dichter bevölkerten Gebieten, d. h. für 60 Prozent der Bevölkerung, eingeführt werden soll. Bereits mit 12 Jahren beginnt die Ausbildung der „Kadetten" bestimmen. Alles zusammen soll eine Miliz freiwilliger und gezwungener Mannschaften ein erstes Kontingent von 260 000 ausgebildeten Erwachsenen und 115 000 Mann Reserve ergeben. Die jährlichen Kosten sollen 51 Millionen Mark betragen. Für den Anfang und ein Land von kaum 5 Millionen Einwohnern sind das ganz neue Zahlen.

Der Traum der Abrüstung in der bürgerlichen Gesellschaft, den gutmütige Demokraten gehegt haben, verflüchtigt sich immer mehr. Dem Kapitalismus folgt mit der Ausbildung des Imperialismus, der neuesten kapitalistischen Weltberaubungspolitik, unweigerlich der Militarismus, sei es zum Angriff, wie in Nordamerika und Japan, sei es zur Abwehr, wie in China und Australien. (a. k.)

Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik.

Auf der Wiener Tagung des Vereins für Sozialpolitik sprach am Mittwoch Redakteur Dittmer-Berlin von der Gewerkschaftsbewegung im Sinne seines Kollegen Mohs; er forderte mehr Arbeiterschutz und mehr soziale Einrichtungen für die Gemeindebetriebe.

Prof. Max Weber-Heidelberg verteidigte seinen Kollegen Alfred, der am Dienstag in entschiedenster Weise gegen den Einfluß der Bureaukratie in den Stadtverwaltungen Stellung genommen hatte. „Der Bureaukratismus ist eine Maschine, und die Frage, die wir hier aufwerfen müssen, ist die: Wie entrinnen wir dieser Maschine, um den Menschen zu befreien von den Gewalten

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090930/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG